

Thomas Meyer

Zwischenruf: Die Habermas-Streeck-Kontroverse

Die nicht enden wollende Doppelkrise der Auszehrung der Demokratie in Europa und der Funktionsdefizite der Europäischen Union hat eine fundamentale, man möchte sagen »innerlinke« Kontroverse ausgelöst. Wolfgang Streeck, vor nicht allzu langer Zeit geschätzter und auf konstruktive Handlungsvorschläge drängender Berater sozialdemokratischer Regierungspolitik hat in den letzten Jahren in einer eindrucksvollen Serie von Büchern und Artikeln Entscheidendes zum Verständnis der hilflosen Reaktionen der verfassten Demokratien auf diese Doppelkrise beigetragen. Er hat darüber hinaus dann beide Entwicklungen in eine Erklärungsperspektive gerückt, die provokativ an die ursprünglichen Marxschen Untergangsprognosen des Kapitalismus anknüpft und außer der manifesten Empörung über die beschriebenen Zustände auch eine Atmosphäre der Vergeblichkeit für alle problemlösenden Reformversuche heraufbeschwört. In beiden Dimensionen seiner Erzählungen, dem Wandel der Beziehung zwischen Kapitalismus und Demokratie und den verlorenen Chancen vertiefter Integration der EU, gelingen ihm plausible Erklärungen der komplizierten Zusammenhänge. Diese Mosaiksteine werden dann freilich im Hinblick auf politische Handlungsoptionen zur Überwindung der Krisen zu einem hoffnungslosen Gesamtbild zusammengefügt, das keinen wünschenswerten Ausweg mehr offen lässt. Sein Diktum, der Kapitalismus als solcher, ohne Zusätze, müsse angesichts der gegenwärtigen großen Krise wieder das zentrale Thema in der wissenschaftlichen Analyse und der politischen Debatte werden, intoniert die eigentümliche Endzeitstimmung, die seine jüngsten Arbeiten durchzieht.

Im Hinblick auf das drastisch zuge-spitzte Spannungsverhältnis von Kapitalis-



Thomas Meyer

(* 1943) ist emeritierter Professor für Politikwissenschaften an der Universität Dortmund und Chefredakteur der *Neuen Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*. Zuletzt im VS Verlag erschienen: *Soziale Demokratie. Eine Einführung* und: *Was ist Fundamentalismus?*

thomas.meyer@fes.de

mus und Demokratie lautet Wolfgang Streecks zwischen allen Zeilen hervordringende Prognose, dass nun die Endkrise naht. Denn alle bislang ausprobierten Optionen der Konfliktbeschwichtigung nach dem Ende der Wachstumsperiode – Inflation, Staatsverschuldung und private Verschuldung – haben sich in jeweils kurzer Frist verbraucht und dabei die Krise nur immer weiter vertieft. Nun ist kein demokratisch gewünschtes Gegengift zur Abschwächung der gesellschaftsfeindlichen Auswirkungen der reinen Marktlogik mehr zur Hand, Sozialstaatsabbau, Arbeitsplatzvernichtung, Lohnschwund und wachsende Ungleichheit schreiten voran. Das Fundament der Demokratie wird untergraben, aber sie findet keine Mittel mehr, sich gegen die voranschreitende Landnahme der kapitalistischen Marktlogik zu wehren. Kein gutes Ende in Sicht. Mal sehen, ob wenigstens der anwachsende Straßenprotest etwas bringt.

Im Hinblick auf die Europäische Union und ihre mittlerweile die Fundamente erschütternde Finanz- und Fiskalkrise kommt Wolfgang Streeck zu dem Schluss, dass der Euro, nicht etwa nur wegen seiner mangelnden Einbettung in geeignete makroökonomische Institutionen, ein »frivolos Experiment« auf Kosten der Menschen in der Eurozone, sondern als Gemeinschaftswährung für eine Union aus wirtschaftlich allzu heterogenen Ländern, von Hause aus ein irreparabel verfehltes Projekt ist. Es nimmt nämlich den schwachen Ländern

ihr einziges Mittel wirksamer Selbsthilfe: die Abwertung. Angesichts dessen könnte selbst eine mit allen Vollmachten ausgestattete, demokratisch wirksam kontrollierte europäische Wirtschaftsregierung die dauerhafte Überwindung der Krise durch ökonomische Angleichung der Länder nicht leisten – und sie sollte es auch nicht. Die Rettung kann folglich nur im Zurück zu den nationalen Währungen und der nationalen Souveränität als einzig verlässlichem Hort des demokratischen Schutzes gegen die Übergriffe der Märkte und der Brüsseler Bürokratie liegen. Die Beispiele des italienischen Südens und des deutschen Ostens beweisen, dass auch die best mögliche gesamteuropäische Fiskal- und Wirtschaftspolitik erfolglos bleiben muss, weil die für den ganzen europäischen Süden nötigen Fantasiesummen das Mögliche weit übersteigen und an den jeweils lokalen administrativen und wirtschaftskulturellen Bedingungen nur scheitern können. Ein Erfolg der wirtschaftlichen Angleichung der notleidenden Süd-Länder sei aber auch gar nicht wünschenswert, weil er auf eine mit marktimperalistischen Mitteln erzwungene Auslöschung der lokalen Wirtschaftskulturen und Lebensformen hinausläufe, die nur den gefräßigen Märkten, aber nicht den betroffenen Menschen dient. Zurück also in die besseren Zeiten vor dem Euro und dem mächtigen Brüssel!

Jürgen Habermas, der seit Beginn der europäischen Krise seine wirksame Feder und seine Reputation für die Rettung und den Fortschritt des europäischen Einigungsprojekts eingesetzt hat, nennt Wolfgang Streecks Absage an dessen Zukunft »die nostalgische Option« und zielt ihre zentralen Schwachstellen. Sein Schlüsselargument bekräftigt eine These, die der Kritisierte noch vor wenigen Jahren selbst überzeugend verfochten hat: Woher sollen künftig die Nationalstaaten, wenn sie als entscheidende Problemlöser den Platz der »gescheiterten« EU wieder einnehmen sollen, als kleine voneinander isolierte Inseln

die Macht und die Reichweite eines politischen Handelns gewinnen, das den Ansturm des sie umgebenden offenen Meeres der globalisierten Märkte abwehren könnte? Die wirkliche Alternative zum stecken gebliebenen halbherzigen Einigungsprojekt Europas kann daher nur in der zwar schwierigen aber keineswegs unmöglichen Kombination aus Vertiefung der wirtschafts-, fiskal- und sozialpolitischen Integration mit der entschiedenen Demokratisierung ihrer Institutionen und Entscheidungswege liegen. Beide sind sie in der Krise zwar stecken geblieben, aber nicht widerlegt.

Jürgen Habermas beschränkt sich in seiner Antwort auf das Europathema. Wolfgang Streeck aber geht es um viel mehr. Frappierend an seiner kürzlich eingeschlagenen theoretischen Wende ist nämlich nicht nur der seine beiden Themenfelder – demokratischer Kapitalismus und Europäische Einigung – beherrschende tiefe Pessimismus, sondern seine Bereitschaft auf die Radikalität der Krise mit einer drastischen Vereinfachung seiner Grundbegriffe zu antworten. Dass der entscheidende Handlungsimpuls für die Überwindung der gegenwärtigen Krise nicht mehr von überzeugenden, aus genauer Analyse stammenden konstruktiven Konzepten erwartet wird, sondern vom vehementer werdenden Druck der Straße ohne jede Handlungs-idee, mag der Empörung über die Hinnahme der bestehenden Zustände durch das politische »Establishment« und einen großen Teil der Gesellschaft geschuldet sein. Überraschender sind aber die beinahe völlige Entdifferenzierung im Begriff des Kapitalismus und die normative Einseitigkeit des zugrunde gelegten Demokratiebegriffs. Wenn ein idealtypischer Kapitalismus pur, ohne all die massiven Einschränkungen, die er auf unterschiedlichen Wegen in vielen Ländern erfahren hat, die freilich mittlerweile vielerorts zum Teil, aber nirgends gänzlich zurückgefahren sind, mit einer voluntaristisch idealisierten Demokratie zusammengespannt wird, in der dem mo-

bilisierten Volk jederzeit alles möglich sein soll, bei Bedarf auch das Überspringen der Logiken gesellschaftlicher Teilsysteme, dann kann es nur krachen. Wenn die zentralen Grundbegriffe in diesen typisierten Definitionen miteinander konfrontiert werden, kann nichts anderes zutage treten als ihre prinzipielle Unvereinbarkeit. Eine nostalgische Option also auch hier, denn so hatten die klaren Verhältnisse der Kapitalismuskritik bei Karl Marx ja einst begonnen.

»Akteurszentrierter Institutionalismus« nennt sich der am Kölner Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung entwickelte Ansatz, der beim Verständnis wirtschaftlicher, sozialer und politischer Probleme die Einseitigkeiten sowohl einer Systemtheorie ohne Akteure wie einer Handlungstheorie ohne Einbeziehung der jeweiligen Systemumwelt der Handelnden vermeidet. Die auf ihm basierenden »akteurstheoretischen« Analysen stellen das Zusammenwirken beider Größen angemessen in Rechnung. Sie halten sich damit vom empirielosen Normativismus ebenso fern wie vom vermeintlichen Automatismus selbstregulierter Sozialsysteme. Diesen Theoriefortschritt scheinen nun die überaus »schwungvollen« (Habermas) Krisenerzählungen von Wolfgang Streeck hinter sich zu lassen. Der Demokratiebegriff wird stark verkürzt und ausschließlich voluntaristisch-normativ gefasst, etwa wenn von wirklich demokratischen Entscheidungen erwartet wird, dass sie nach Belieben die Marktprozesse ganz außer Kraft setzen können, ohne das wirtschaftliche Teilsystem ganz in den politischen Bereich zu integrieren. Schon allein der Eigensinn der Marktlogik, der nicht nach Bedarf verabschiedet und durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt werden kann, gilt als Beweis der Demokratieunfähigkeit des Kapitalismus. Tatsächlich aber stehen dem demokratischen Staat beim Eintreten gesellschaftschädlicher Marktwirkungen immer drei politische Optionen zur Verfügung: die neoliberale (verstärkter Rückzug der Poli-

tik), die orthodox-sozialistische (Übernahme der Wirtschaft in politische Regie) und die sozialdemokratische (stetige Innovation der regulativen und partizipativen Instrumente der Marktregulierung).

Wenn die politische Abwägung dazu führt, das wirtschaftliche Teilsystem als Marktwirtschaft einzurichten, in der Erwartung damit verbundener Produktivitätsvorteile und Wahlchancen für die Verbraucher, dann verträgt diese Paktlösung im Falle des Marktversagens nur zwei Alternativen: Den Ausstieg aus der Marktoption oder die innovative Neuregulierung, gegebenenfalls bis hin zu direkten Interventionen. Dabei kommt es aber, falls die Marktoption trotzdem ganz oder teilweise beibehalten werden soll, wenn am Ende nicht bloß Eigentore fallen sollen, sehr darauf an, dass im Ergebnis die Märkte und ihre Akteure zur Fortsetzung des Spiels bereit sind. So würde etwa die umstandslose Annullierung von Staatsschulden einige der quälenden Probleme durchaus mit einer gewissen demokratischen Legitimation beseitigen, aber um den Preis, dass der Staat danach niemanden mehr findet, bei dem er Schulden machen könnte.

Das betrifft den Begriff des Kapitalismus. Dieser hat sich, wie Wolfgang Streeck in Karl Polanyis Begriffen zu Recht diagnostiziert, mehr unter dem Vorwand der Globalisierung denn unter ihrem unvermeidbaren Zwang, in den vergangenen Jahrzehnten eines nicht unbeträchtlichen Teils seiner mühsam erkämpften sozialen, regulativen und distributiven Einbettung – dem sozialdemokratischen Kompromiss – wieder entzogen. Gleichwohl ist für die meisten und größten europäischen Länder nicht zu leugnen, dass ein erheblicher Teil dieser Einbettung weiterhin existiert und die Frage zumindest offen bleibt, wie das wünschenswerte Maß der sozialen und regulativen Wiedereinbettung aufs Neue gelingen kann. »Den Kapitalismus pur« gibt es in der wirklichen Welt auch heute nicht, sondern weiterhin nur die Vielzahl seiner

unterschiedlichen Realisierungsformen, immer noch im Kern als angelsächsisches, skandinavisches, kontinentales, chinesisches oder Singapur-Modell identifizierbar. Überall reduziert, überall mehr kapitalistisch und weniger demokratisch, aber nirgends Kapitalismus pur.

Wolfgang Streeck hat Recht, auch die Demokratie hat in der Krise arg gelitten. Aber sie ist keineswegs von der Bildfläche verschwunden. Sowohl im Nationalstaat wie in der EU, erst Recht auf globaler Ebene kann die Realität der Demokratie ja stets nur eine graduelle sein: mehr oder weniger und nie; alles oder nichts. Keine Frage, der jetzt praktizierte europäische Exekutivenföderalismus ist infolge der vermehrten Zwischenstufen und des an Nötigung grenzenden Drucks auf die nationalen Parlamente nur schwach demokratisch legitimiert. Solange aber die Parlamente mitspielen ist er nicht rundweg undemokratisch. Normativen Idealstandards könnte das Regieren in der EU – wie übrigens selbst im Nationalstaat – auch dann nicht entsprechen, wenn alle Demokratisierungsforderungen erfüllt wären. Wenn Demokratien größer werden, das hat sich seit ihren Athener Anfängen stets erwiesen – geht es immer um einen *trade off* zwischen dem Leistungsgewinn aus der größeren Einheit und dem Qualitätsverlust aus der schwächeren Bürgerbeteiligung. Darüber müssen die Bürger selbst befinden. Freilich bietet die EU gegenwärtig noch ein weites Feld der Demokratisierung ihrer zentralisierten Institutionen.

Die Re-regulierung des Kapitalismus und der offensive Ausbau der EU zur demokratisch bestimmten Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion sollten das eigentliche Thema der europäischen Linken sein. Die Habermas-Streeck Kontroverse ist dafür ein guter Aufschlag. Der Druck der Straße kann der Debatte und ihrer politischen Wirkung dabei vielleicht auf die Sprünge helfen, die Suche nach Antworten aber sicher nicht übernehmen. ■